

Pressemitteilung 25. März 2010

Frauenhäuser protestieren vor dem Landtag

Landesarbeitsgemeinschaft
Autonomer Frauenhäuser in
NRW
Claudia Eckern
0231 – 97 10 300
Mobil: 0157-82492059
Email: lag.frauenhaeuser-nrw@gmx.de

Landespolitikerinnen der SPD und der Grünen sind sich einig: Die wichtige Arbeit der Frauenhäuser müsse dringend durch institutionelle Finanzierung auf sichere Basis gestellt werden

Düsseldorf. Mit ihrer Demonstration haben die Frauenhäuser gestern ihre Forderung nach einer rechtlichen Absicherung bekräftigt. Rund 10.000 Frauen und Kinder suchen jährlich Schutz in den 62 Einrichtungen im Land NRW. Dennoch steht ihre Existenz auch nach 33 Jahren weiterhin auf wackeligen Füßen. Nach wie vor ist die Finanzierung eine "freiwillige Leistung" von Land und Kommunen und hängt von der "Kassenlage" und dem politischen Willen ab.

Wie beliebig die Bewilligung von Mitteln bisher ist, haben die Frauenhäuser bei der großen Kürzungsrunde im Etat 2006 schmerzlich erleben müssen. Allen Protesten zum Trotz wurden die Gelder um 30 Prozent gekürzt. Dies führte dazu, dass in jedem Frauenhaus eine Stelle gestrichen wurde.

Gerda Kieninger, frauenpolitische Sprecherin der SPD und langjährige „Wegbegleiterin“ der Frauenhäuser, betont, dass es nicht damit getan sei, die gekürzte Stelle wieder einzurichten oder Sachleistungen und Pauschalen zu erhöhen. Ein „Gesamtpaket“ sei notwendig, um das Finanzierungsproblem der Frauenhäuser zu lösen. Dazu gehöre u.a. ein Rechtsanspruch der von Gewalt betroffenen Frauen auf einen Frauenhausplatz und eine gesicherte einheitliche Finanzierung.

Das Grundgesetz verlangt eine rechtliche Absicherung der Finanzierung. Artikel 2 verpflichtet den Staat, Frauen und ihre Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen. Vor diesem Hintergrund müssen Frauenhäuser in die Lage versetzt werden, den Zuflucht suchenden Frauen und ihren Kindern, unabhängig von Einkommen und Herkunft, kostenlos und unbürokratisch Unterkunft und qualifizierte Unterstützung anzubieten. Das geht aber nur, wenn sie unabhängig vom Einzelfall und kostendeckend finanziert würden.

Landespolitikerin Andrea Asch aus Köln, Kinder und Jugendpolitische Sprecherin der Grünen, machte darauf aufmerksam, wie wichtig die sichere Förderung von Frauenhäusern für den Kinderschutz sei. **Renate Hendricks von der SPD, aus Bonn**, deren Hauptaugenmerk auf Bildung liegt, unterstützt dies: „Bildung von Kindern, auch in Frauenhäusern, braucht Verlässlichkeit“.

Frauenhäuser leisten eine unverzichtbare Arbeit, so **Frau Westerhorstmann, frauenpolitische Sprecherin der CDU**. Sie halte es durchaus für richtig, dass die Frauenhäuser für eine bessere und praktikablere Finanzierung streiten. Ob es zu weiteren Gesprächen oder möglichen anderen Lösungsansätzen kommen könne, entscheide sich erst in der nächsten Legislaturperiode.